

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 pohn d



## Inhalt

Holger Börner MdL, Vorsitzender der SPD-Medienkommission, stellt fest, daß Bayern von der ARD unabhängig werden will: Äußerste Wachsamkeit geboten. Seite 1

Hermann Scheer MdB verlangt, daß sich Bonn zu der neuen französischen Verteidigungsplanung äußert: Verheerende Folgen. Seite 3

Anke Fuchs MdB wirft der Bundesregierung vor, die Ausbildungsstellen-Situation zu verharmlosen: Ein Trick hat seine Schuldigkeit getan. Seite 4

Egon Lutz MdB wendet sich gegen die Verschleuderung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge: Förderung der Teilzeitbeschäftigung? Seite 5

Luise Herklotz MdEP referiert den Bericht über Schlachtpferdtransporte: Mehr Betreuung und Kontrolle. Seite 7

38. Jahrgang / 77

22. April 1983

Äußerste Wachsamkeit geboten

Bayern will von der ARD unabhängig werden

Von Holger Börner  
Hessischer Ministerpräsident und Vorsitzender der SPD-Medienkommission

Wer in den vergangenen Monaten und Jahren die Versuche der bayerischen Landesregierung und ihrer leitenden politischen Freunde im Bayerischen Rundfunk verfolgt hat, die Ausstrahlung ihnen nicht genehmer, von kritischem und liberalem Geist geprägter Programmbeiträge zu verhindern, wer ihre Kritik an ausgestrahlten ARD-Beiträgen kennt, der kommt um zwei Einsichten nicht herum:

Erstens: Der CSU-Regierung Bayerns "paßt die ganze Richtung" nicht, das heißt, sie hat, allen voran Franz Josef Strauß und seine ehemaligen Generalsekretäre Tandler und Stoiber, das System der ARD von Anfang an als ein eher störendes, der bayerischen Bevölkerung nicht gemäßes angesehen.

Zweitens: Diese Grundüberzeugung soll neue Schubkraft durch die seit den vergangenen Bundestagswahlen immer wieder laut verkündete "geistige und moralische Wende" erhalten,



das heißt, wer befürchtet, daß die CSU-Regierung das Kabelpilotprojekt München zu einer spezifisch christlich-sozialen Rundfunkanstalt umfunktionieren will, um auf längere Sicht von der ARD völlig unabhängig zu werden und ein noch stärkeres Sprachrohr ihrer Politik zu erhalten, der ist ein Realist. Mißtrauen und äußerste Wachsamkeit sind das Gebot der Stunde.

Die Etablierung einer zweiten selbständigen Anstalt neben dem Bayerischen Rundfunk würde bedeuten:

- Nicht nur Vergeudung von Gebühren und öffentlichen Mitteln, da ja eine ganze Hierarchie von Stellen und Stabsabteilungen doppelt existieren würde,
- sondern auch eine Vorwegnahme der politischen Entscheidung über die Einführung des Kabelfernsehens, die nach Vereinbarung der Ministerpräsidenten erst nach Abschluß der vier Pilotprojekte getroffen werden darf (nur Ernst Albrecht hatte in Kronberg protokollarischen Vorbehalt dagegen angemeldet, nicht Franz Josef Strauß).

Damit besteht die Gefahr, daß nicht nur in Ludwigshafen, sondern auch in München überdimensionierte "Versuche" durchgeführt werden, deren Rückholbarkeit nicht gewährleistet werden kann. Die Sozialdemokraten stehen zu ihrem Wort, die "neuen Medien" - vor allem das Kabelfernsehen - wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen auf die Gesellschaft, den Arbeitsmarkt, Kinder und Familien vor ihrer Einführung in Pilotprojekten und Feldversuchen sorgfältig zu erproben.

(-/22.4.1983/ks/ca)

+ + +



### Verheerende Folgen

---

Bonn muß sich zur neuen französischen Verteidigungsplanung äußern

Von Hermann Scheer MdB

Schon nach wenigen Monaten Regierungsverantwortung der Regierung Kohl zeigt sich, wie sehr sie auch außenpolitisch den Mund voll genommen hat, aber nur Luft in diesem Munde ist. Im Oktober 1982, als erstmals Bundeskanzler Kohl und Frankreichs Staatspräsident Mitterrand zu einem deutsch-französischen Konsultationsgespräch zusammentrafen, verhiß Kohl eine neue Ära innigster freundschaftlicher Kooperation. Und Verteidigungsminister Wörner streute bereckte Andeutungen einer intensiveren Abstimmung in militärpolitischer Planung und Ausrüstung in die Öffentlichkeit. Die Regierung erhielt gute Noten von der deutschen Presse, die Sorgen schienen verfliegen, es könnte ihr an internationaler Reputation mangeln.

Das konkrete Resultat der neuen Ära deutsch-französischer Kooperation ist jetzt zu sehen: Die französische Regierung hat in ihrem mehrjährigen Verteidigungsplan entschieden die konventionellen Truppen zugunsten der Priorität des Ausbaus der nuklearen Waffen um 35.000 Mann zu verringern. Auf dem Sektor der taktischen Nuklearwaffen soll die Pluton-Rakete (Reichweite 120 Kilometer) durch die Hadès-Rakete - eine sehr treffende Bezeichnung - mit einer Reichweite von 350 Kilometer ersetzt werden. Mit weiteren Atom-U-Booten werden die französischen Mittelstreckenraketen modernisiert und vermehrt.

Den deutschen Interessen entspricht nichts davon. Die Mittelstreckenraketenverhandlungen werden erschwert, denn spätestens das künftige atomare Potential Frankreichs wird eine Größenordnung erreichen, die man endgültig bei den Verhandlungen nicht mehr "vergessen" (Kohl) kann. Die neuen taktischen Nuklearwaffen werden eine Reichweite haben, mit der noch mehr sichergestellt wird, daß ihre Zielgebiete nur noch deutsche und keine französischen mehr sind. Mit der Verringerung des konventionellen Potentials und der größeren Reichweite der taktischen Nuklearwaffen wird die Atomschwelle gesenkt, was der gesamten deutschen Sicherheitsphilosophie entgegensteht.

Daß Frankreich dies plant, war bereits im Oktober 1982 bekannt. Um gute Noten im internationalen Verhalten zu bekommen, hat die Regierung Kohl vielleicht auch dies noch für gut befunden. Es wundert nicht mehr, daß Kohl sowohl der Regierung Reagan als auch der Regierung Mitterrand ein äußerst angenehmer Partner ist. Der Preis für die lobenden Worte, die er bei den führenden westlichen Regierungschefs einheimste, ist sein Verzicht auf die Vertretung derjenigen deutschen Interessen, die nicht von vornherein im Konsens mit den Interessen des einen oder anderen Bündnispartners stehen. Die Folgen für die Bundesrepublik Deutschland sind verheerend.

Die Bundesregierung ist jedenfalls aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, wie sie sich die deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft auf der Basis der neuen französischen Verteidigungsplanung vorstellt.

(-/22.4.1983/ks/ca)

+ + +



Ein Trick hat seine Schuldigkeit getan  
-----

Die Regierung verharmlost die Ausbildungssituation

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik

Vor der Bundestagswahl hat der Bundeskanzler jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantiert, jetzt will er davon nichts mehr wissen. Der Wahlkampftrick hat seine Schuldigkeit getan, die Jugendlichen werden mit ihren Sorgen alleine gelassen. Dabei ist die Ausbildungsstellensituation so schlecht wie noch nie, die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit sprechen für sich: Vom 1. Oktober bis 31. März haben die Betriebe und öffentlichen Verwaltungen den Arbeitsämtern 353.300 Ausbildungsstellen gemeldet, das waren 36.400 oder neun Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Bewerber um Ausbildungsstellen beliefen sich dagegen auf 451.300; sie ging damit um 69.500 oder 18 Prozent über den Zugang des Vergleichszeitraumes hinaus.

Zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind energische Maßnahmen notwendig, darauf haben wir schon vor Monaten hingewiesen:

1. Ein Programm zur Förderung der überbetrieblichen Ausbildung muß für die Bereiche aufgelegt werden, in denen die Wirtschaft ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zur Verfügung zu stellen.
2. Das sogenannte Benachteiligungsprogramm für Jugendliche mit schulischen Defiziten ist aufzustocken.
3. Zusätzliche Ausbildungsplätze sind beim Bund, bei der Post und bei der Bahn zu mobilisieren.
4. Das Programm "Bildungshilfen für arbeitslose Jugendliche", die Arbeitsplätze suchen, ist zu erweitern.
5. Für junge Arbeitslose müssen mehr Beschäftigungsstellen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt werden.

Die Rechtskoalition wird ihrer Verantwortung in keiner Weise gerecht. Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird von der CDU/CSU und der FDP verharmlost; mit Gesundheitserei kann keinem Jugendlichen geholfen werden. (-/22.4.1983/ks/wk)

+ + +



Förderung der Teilzeitbeschäftigung?  
-----

Keine Verschleuderung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Von Egon Lutz MdB

Volle Kassen wecken die Begehrlichkeit, heißt es, aber auch die leeren Kassen der Bundesanstalt für Arbeit sind vor denen mit den langen Fingern nicht sicher. So ist jetzt die Industrie- und Handelskammer München mit dem kuriosen Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, daß ein Arbeitsloser, der sich selbständig macht, das Arbeitslosengeld trotzdem ein halbes Jahr weiter bekommen sollte. Nicht ohne Staunen ist zu vernehmen: Die Industrie und Handelskammer München hat mit ihrem Vorstoß bei der Bundesanstalt für Arbeit und bei Politikern nach eigenen Angaben bereits offene Ohren gefunden.

Das kann doch nicht wahr sein! Die Rechtskoalition hat den Bundesarbeitsminister verpflichtet, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe für Ledige, Leistungsempfänger ohne Kinder und Berufsanfänger vorsieht. Norbert Blüm hat selber zu bedenken gegeben, daß damit viele Arbeitslose in die Sozialhilfe getrieben werden und daß so etwas schon deshalb nicht in Frage kommen könne. Das ist aber noch nicht alles, denn die Verteilungsfrage darf dabei nicht außer acht gelassen werden. Die Umverteilung von unten nach oben muß ein Ende haben.

Der Bundesanstalt für Arbeit geht es finanziell schlecht. Die in dem Haushaltsplan eingestellten Mittel reichen vorne und hinten nicht. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die durchschnittliche Arbeitslosenzahl für 1983 mit 2,35 Millionen mindestens um 100.000 zu niedrig angesetzt wurde. Nimmt man die aller Wahrscheinlichkeit nach auch höhere Kurzarbeiterzahl hinzu, fehlen mindestens zwei Milliarden in der Nürnberger Kasse. Es ist nun wirklich kein Geld da, das zur leichtfertigen Ausstreuung dienen könnte. Selbst der für seinen, gelinde gesagt, skurrilen Einfallsreichtum bekannte Bundesarbeitsminister wird sich nicht zumuten lassen, Versicherungsbeiträge der Arbeitnehmer für Existenzgründungen zu verschleudern und gleichzeitig den Arbeitslosen die Leistungen radikal zu streichen. Im Übrigen: Wenn die Bundesanstalt für Arbeit alles das, was auch nur indirekt arbeitsplatzwirksam sein könnte, finanziell fördern sollte, könnte man den Etat leicht auf die zehnfache Höhe schrauben.



Aber auch aus der Bundesanstalt für Arbeit selber gibt es neue Nachrichten. Mit "freiwilliger Kurzarbeit" sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die Bundesanstalt denkt offenbar an eine Förderung der Teilzeitbeschäftigung durch eine Art Kurzarbeitergeld. Wer, insbesondere als älterer Arbeitnehmer, in eine Teilzeitbeschäftigung von 20 Stunden umsteigt, soll für den ausfallenden Lohn eine Art Kurzarbeitergeld erhalten, allerdings nicht länger als zwei Jahre. Auf den ersten Blick erscheint so was nicht völlig unsinnig, denkt man aber ein bißchen darüber nach, muß man die neue Idee rasch beiseite legen. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, Arbeitgebern, die Teilzeitarbeitsplätze zusätzlich anbieten, dafür eine staatliche Prämie zu verschaffen. Teilzeitarbeit führt nicht zu höheren Kosten, wie oft behauptet wird, sondern ist weitgehend kostenneutral, denn dem höheren Aufwand an fixen Kosten steht in aller Regel ein höherer Ertrag gegenüber, da mit geringerer Arbeitszeit die Produktivität steigt. Außerdem, und das ist ein zweites Argument, wäre eine entsprechende Förderung nicht einzugrenzen, das heißt mit einem Mitnahmeeffekt in erheblicher Größenordnung wäre zu rechnen.

Man kann natürlich, und das ist praktisch gedacht, die Teilzeitbeschäftigung auch von der anderen Seite her fördern wollen, nämlich den Arbeitnehmern Anreize geben, umzusteigen. Wer dann nur noch 20 Stunden arbeitet und für die ausfallende Arbeitszeit Kurzarbeitergeld erhielte, hätte eine Lohneinbuße von nur noch 16 Prozent. Das ist weiß Gott zwar nicht für jeden Arbeitnehmer annehmbar, für einige aber doch ein durchaus lukratives Angebot. Wer aber würde davon profitieren? Es könnten nur diejenigen sein, die schon auf einem Vollzeitarbeitsplatz sitzen. Alle diejenigen aber, die neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden müssen, blieben außen vor.

Ich meine, die Idee ist vom Ansatz her falsch konstruiert. Den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung über Einzelleistungsansprüche befördern zu wollen, kann meiner Meinung nach nicht gelingen. Eine Breitenwirkung kann nur über Tarifverträge erreicht werden. Nur damit sind auch gerechtere Zustände erreichbar. Damit ist man aber schon wieder bei der alten Idee der Tarifrente beziehungsweise der Vorruhestandsregelung und darauf sollte sich auch die intellektuelle Leistungskraft der Bundesanstalt für Arbeit konzentrieren. Niemand hindert die Bundesanstalt für Arbeit daran, dem Gesetzgeber geeignete ausformulierte Vorschläge zu unterbreiten. (-/22.4.1983/ks/ca)

+ + +



Mehr Betreuung und Kontrolle  
-----

**EG soll das Los der Schlachtpferde erleichtern**  
Von Luise Herklotz MdEP

Berichterstatterin des EP-Agrarausschusses über den Transport von Schlachtpferden

Jedes Jahr werden über eine Million Schlachtpferde nach Westeuropa importiert werden; Exportländer sind die UdSSR, Polen und Jugoslawien und innerhalb der EG Griechenland und Irland, Importländer Italien (Einfuhr jährlich 500.000), Frankreich (350.000) und Belgien (15.000).

In der europäischen Öffentlichkeit hat es wiederholt und mit Recht Proteste gegen die Transportbedingungen für die Schlachtpferde wegen zu langer Transportzeiten, mangelhafter Fütterung und Tränkung, ungeeigneter Transportmittel, die unzureichender tierärztlicher Betreuung während Transport und Verladung und wegen unzureichender Kontrolle der Transporte gegeben.

Nach eingehenden Beratungen fordert der EG-Ländwirtschaftsausschuß jetzt:

- Die Festlegung tiermedizinisch vertretbarer Höchsttransportzeiten,
- die Begrenzung von ununterbrochenen Lkw-Transporten auf höchstens 500 Kilometer,
- die Beschränkung auf Grenzübergänge für Lkw-Transporte, die über Veterinärkontrollen, Fütterungs- und Tränkungsanlagen verfügen,
- die Einführung einer Frist von höchstens 18 Stunden für Fütterung und Tränkung,
- das Verbot der "Querverladung", die nachweislich zu Panik und Verletzungen beim Anfahren, Abbremsen und Rangieren führt und
- die Ausstattung der Transportmittel mit Trennwänden.

Der Ausschuß hat Änderungsanträge des britischen Konservativen James Provan abgelehnt, nach denen ununterbrochene Lastwagentransporte bis 800 Kilometer erlaubt und die Querverladung sogar vorgeschrieben werden sollte.

Weitere Forderungen meines Berichtes sind:

- Die EG soll selbst der europäischen Übereinkommen über den Tierschutz beim internationalen Transport beitreten.
- Die EG-Kommission soll für die bestehenden EG-Richtlinien Verbesserungsvorschläge vorlegen, die sich an dem Bericht orientieren.

Dagegen wurde ein Transportverbot für Schlachtpferde in der EG verworfen. Es wäre nicht sinnvoll: Der Schlachtpferdetransport würde dann über Drittländer erfolgen und wäre damit allen EG-Normen entzogen.

Ich werde in Kürze mit meinem saarländischen Kollegen Manfred Wagner den deutsch-französischen Grenzübergang Apach besuchen - dort werden vor allem die Pferdetransporte aus Polen nach Frankreich abgewickelt -, um mir die Situation noch einmal durch persönlichen Augenschein zu verdeutlichen.  
(-/22.4.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

